

# Ottendorfer Zeitung

Lokalanzeiger und Anzeigebblatt für Ottendorf-Dkrilla u. Umg.

Veröffentlichungstage: Dienstag, Donnerstag, Sonnabend. Bezugspreis monatlich 1.10 RM einschließlich Erträgnis. Im Falle höherer Gewalt (Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten) hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreis: Die 6 gefaltene mm-Zelle oder deren Raum 5 Pf. Alles weitere über Nachschlag usw. laut ausliefernder Anzeigenpreisliste. Anzeigenannahme bis 10 Uhr vormittags des Erscheinungstages. Bei fernmündlicher Anzeigenannahme wird keine Gewähr für Richtigkeit übernommen. Bei Konkurs und Zwangsvergleich verliert jeder Nachschlagsanspruch.

Diese Zeitung veröffentlicht die amtlichen Bekanntmachungen der Gemeinde-Verhände zu Ottendorf-Dkrilla und des Finanzamtes zu Kadoburg.  
Postfachkonto: Dresden 15488. Druck und Verlag: Buchdruckerei Hermann Kühle, Inh. Georg Kühle, Ottendorf-Dkrilla. Girokonto: 551. — Fernruf: 231.

Nummer 105

Donnerstag, den 8. September 1938

37. Jahrgang

## Amtlicher Teil.

### Öffentliche Mahnung zur Steuerzahlung.

Die am 5. September fälligen Lohn- und Wehrsteuerbeträge, die am 10. September fälligen Umsatz-, Einkommen- und Körperschaftsteuerbeträge und die anderen im September fälligen Beiträge (v. a. Verbesserungsteuer, Tilgungsbeiträge auf Ehestandsberechnen, Abschlagszahlungen auf Umsatz-, Einkommen-, Wehr- und Körperschaftsteuer, Steuerabzug von Aufsichtsratsvergütungen, sowie Steuerabzug vom Kapitalertrag, letztere beiden binnen einer Woche nach Zustehen der Vergütungen, bzw. des Kapitalertrags) waren bzw. sind pünktlich an die Finanzkasse abzugeben.

Schriftliche Mahnung erfolgt nicht. Die Umsatzsteuer-Voranfrist ist weggefallen. Mit dem Ablauf der einzelnen Fälligkeitstage ist ohne weiteres ein Säumniszuschlag verwirkt.

Die Voranmeldungen zur Umsatzsteuer sind bis zum 10. September 1938 einzureichen. Verspätete Abgabe der Voranmeldungen hat Zuschläge bis 10 v. H. des Steuerbetrags zur Folge.

Steuerart und Steuernummer sind bei jeder Uebermittlung anzugeben.

Nachstände und Säumniszuschlag werden unverzüglich durch Zwangsvollstreckung, nur ausnahmsweise durch Mahnbescheid, eingezogen.

Steuer säumige werden von Zeit zu Zeit veröffentlicht.

Finanzamt Kadoburg, 7. September 1938.

### Diplomateneingang beim Führer

Der Führer und Reichskanzler gab am Mittwochmorgen den als seine Gäste am Reichsparteitag teilnehmenden Berliner Chef der ausländischen Missionen im Hause des Reichsministers des Auswärtigen, von 12 bis 13 Uhr, einen Empfang in Deutschen Hof. An dem Empfang nahmen teil: die Vorkonferenzen von Frankreich, der Türkei, von Polen, Italien, Brasilien, Argentinien, Großbritannien, Spanien und der Vereinigten Staaten von Amerika, die Gesandten von Norwegen, Dänemark, der Tschecho-Slowakei, von Griechenland, des griechischen Freistaates, von Finnland, Portugal, Dänemark, von Südafrika, von Rußland, Ungarn, Belgien, Nicaragua, El Salvador, Panama, Schweden, Rumänien, Bulgarien, Guatemala, der Schweiz und von Ägypten, ferner die Geschäftsträger von Siam, Luxemburg, China, Chile, Mexiko, Afghanistan, Kuba, Peru, den Niederlanden, von Venezuela, Albanien, Litauen und Lettland. Der Führer richtete im Laufe des Besprechungs Wortes der Begrüßung an seine Gäste und wies darauf hin, daß die Berliner Missionen in immer höherem Maße Anteil an dem Reichsparteitag der NSDAP. nehmen.

Namens des Diplomatens Korps sprach als ältester Missionen der französische Botschafter Francois Bonnet in herzlichsten und bereiten Worten den Dank der Berliner Diplomaten für die freundliche und gastfreie Aufnahme in Nürnberg aus.

### Schicksalliche Abordnung bei Rudolf Heß

Am Mittwochmorgen veranfaßte der Stellvertreter des Führers, Rudolf Heß, einen Tee-Empfang an Ehren der zum Parteitag entsandten Delegation der Nationalsozialistischen Partei. An der Spitze der italienischen Seite war Minister Farinacci erschienen, von deutscher Seite waren führende Persönlichkeiten der Parteileitung anwesend.

### Frauentagung auf dem Reichsparteitag

Die Sondertagung der NS-Frauen am Freitag, 8. September, in der Kongresshalle zu Nürnberg wird von 16 bis 17.30 Uhr auf die Reichsfrauentagung in Hamburg, die Reichsfrauentagung in Danzig, Stuttgart, Wien, Leipzig und um 20.15 Uhr Ausschnitt aus den Verhandlungen des Tages. Es wird dadurch auch den Frauen, die nicht durch die Uebertragung der dort oben genannten Reichsfrauentagung miterleben können, Gelegenheit gegeben, wenigstens abends im „Großen Nürnbergsaal“ einen Ausschnitt aus der Rede der Reichsfrauentagungsleiterin zu hören.

## Politik der Gasse

In den neuen Zwischenfällen in Mährisch-Ostau schreibt der Deutsche Dienst: Die empörenden Vorgänge in Mährisch-Ostau werfen ein neues Schlaglicht auf die Lage in der Tschecho-Slowakei, die nach der Betätigung einer offensichtlich ohnmächtigen Regierung ein Ordnungsstaat zu sein vorgibt und sich bei mehr als Tausenden von Gelegenheiten als ein Territorium erwiesen hat, in dem sich die tollsten Wildschweine abspielen können. Am gleichen Tag, an dem in Prag Gegenwortsätze unterbreitet werden, um unter Anwendung einer geschickten Regie vor einer ausländischen Weltöffentlichkeit den Eindruck eines Ausgleichswillens zu erwecken, kann hier ein in die Uniform der tschechischen Staatspolizei gekleideter Janbagel mit Keilspitzen gegen Angehörige einer Rationalität, der man innerhalb dieses Vielvölkerstaates die ihnen nach Recht und Gesetz zustehenden Lebensgrundlagen angeblich verschaffen will, vorgehen.

Hier stimmt etwas nicht! Entweder spielt man, unter Täuschung der Weltöffentlichkeit und insbesondere des britischen Vermittlers Lord Rumbold, mit falschen Karten, oder die Prager Regierung ist nicht mehr in die Lage, ihre Absichten gegen die Politik der Gasse durchzusetzen. Die Vorgänge in Mährisch-Ostau, die nach ihrem Vorspiel und ihrer Abwicklung typisch sind für die Kegelhaftigkeit tschechischer Polizei- und Gendarmerie-Organen, lassen die längst geborgene Vermutung zur Wahrscheinlichkeit werden, daß die Prager Regierung tatsächlich keine Autorität besitzt, am solchen Treiben ein Ende zu bereiten, geschweige denn ihm einen Riegel vorzuschieben.

Wir erinnern daran, daß bereits die im Mai erfolgte panikartige Mobilisierung großer Truppeneinheiten zweifellos über den Kopf der Regierung des Ministerpräsidenten Dr. Hodtscha hinweg erfolgte, wobei die Frage offenbleibt, welche Stellungnahme der Staatspräsident Dr. Benesch bei diesem Vorgang einnahm. Die mehrfache Verletzung der reichsdeutschen Grenze durch tschechische Militärschwärme war ein weiterer Beweis dafür, daß sich die in jedem wohlgeleiteten Ordnungsstaat der Regierungsbefugnisse unterliegen, über Verfügungen der Prager Regierung hinwegzusetzen, die demnach die Ueberfliegung einer mehrere Kilometer breiten Grenzzone strikt untersagt hatte. Es ließen sich noch mehrere Fälle anführen, aus denen klar ersichtlich ist, daß sich tschechische Militär-, Gendarmerie- und Polizeikräfte nicht im geringsten um Prager Regierungsanweisungen kümmern, als sie sich mit oft genug an anarcho-schicksalhaftigkeit grenzenden Exzessen als bewußte Feinde der Ruhe und Sicherheit demaskieren. Welche Folgen diese Verrohung der Sitten innerhalb von Staatsorganen, die in jedem Ordnungsstaat beispielgebend und musterhaft aufzutreten pflegen, hatten und weiterhin haben müssen, davon zeugte der vieljährige Nord von Uger.

Soll es soweit gehen? Soll es auch weiterhin möglich sein, daß tschechische Militär- und Polizeipersonen, die die Pflicht hätten, Menschen und Eigentum aller Angehörigen des Staates und also auch der sudetendeutschen Volksgruppe zu schützen, Keilspitzen schwingen und als Heckenhehner und Wegelagerer herumlungern? Die Antwort muß aus Prag kommen, Deutschland und mit ihm alle Menschen, für die die Begriffe von Ordnung, Sicherheit und freidenklicher Entwicklung ihren Sinn behalten haben, warten darauf.

### Gummifnippel gegen weinende Mütter

Tschechische „Lösung“ der Guttshiner Schulfrage  
Während die tschechische und die deutsch-gegründete Marxistenpresse fast täglich in ardhöher Aufmachung von den „bedeutenden Zugeständnissen“ der tschechischen Regierung an die Sudetendeutsche Partei schreibt, sind die Tatsachen alles andere als dazu angeht, diesen Behauptungen einen Schein von Wahrheit zu verleihen.

Schon allein das skandalöse Verhalten der tschechischen Behörden in der Guttshiner Schulfrage ist Beweis genug für die wahre Gesinnung, die die Tschechen beherrscht. Die Ungezogenheit der Regierung ruht in der deutschen Bevölkerung eine immer tiefere Erregung und Erbitterung hervor. Da die deutschen Mütter mit Recht darauf drängen, Aufklärung über das weitere Schicksal ihrer Kinder zu erhalten, jagen am Mittwoch wieder gegen tausend Mütter mit ihren Kindern nach Troppau vor das Stadthaus. Die Polizei verhin-

berte einen weiteren Zug der Mütter zur Sudetendeutschen Parteifeste, wo sie den Kreisleiter Barwig um Intervention ersuchen wollten. Die tschechischen Polizisten drängten die Kinder und Mütter, von denen viele aus Sorge und Angst um ihre Kinder weinten, ab und machten hierbei wiederum in ihrer brutalen Weise von den Gummifnippeln Gebrauch. Einige verhaftete Frauen wurden vom Polizeidirektor erst auf Einbruch des Kreisleiters Barwig freigelassen. Unverrichteter Dinge mußten die Mütter mit ihren Kindern den Heimweg antreten.

Die in Mährisch-Ostau anwesenden Parlamentarier der Sudetendeutschen Partei sandten an den Staatspräsidenten ein Telegramm, in dem sie „bedauern, daß es angesichts der Auslieferung, die Guttshiner Schulfrage in gerechter Weise zu regeln, heute in Troppau wieder zu schweren Zusammenstößen gekommen ist, bei denen die Polizei ohne die geringste Veranlassung in nicht wiederzugebender Brutalität gegen wehrlose Frauen und Kinder den Gummifnippel gebrauchte und damit die ohnedies gespannte Atmosphäre weiter verschlechterte“.

Trotz aller gegenteiligen offiziellen amtlichen Versautbarungen verharren die untergeordneten tschechischen Behörden immer noch auf dem Standpunkt, daß durch den deutschen Gruß die „öffentliche Ordnung gefährdet“ werde. Auf die Verurteilung einer wegen Gebrauch des Deutschen Grußes verurteilten sudetendeutschen Frau aus Wien stellte sich die Landesbehörde auf den Standpunkt, daß es „notorisch bekannt“ sei, daß der Deutsche Gruß zu Sympathie-Ausdrücken für die „so. Vorkriegsbewegung“ gebraucht werde. Dadurch sei die öffentliche Ordnung und Ruhe an öffentlichen und öffentlich zugänglichen Orten gefährdet worden und der Tatbestand der Uebertretung vollinhaltlich gegeben. Mit dieser mehr als seltsam anmutenden Begründung wurde die Verurteilung abgewiesen.

Dagegen finden die gleichen Behörden nichts daran auszugehen, wenn bewaffnete rote „Wehrmänner“ Uebungen veranstalten und sich moskowitzisch gebärden, wenn, wie es jetzt in Jnaim wieder geschah, verhegte tschechische Schulkinder mit Hahliedern durch die Straßen ziehen, in denen Stalin verherrlicht, und daß deutsche Staatsoberhaupt in gemeinsamer Weise verhöhnt wird. In Mäherrig stellte ein sudetendeutscher Abgeordneter, der dort die Unwetterschäden besichtigen wollte, fest, daß „rote Wehrleute“ mit geschulterten Militärgewehren herummarschieren. Er machte die Behörden auf diesen Tatbestand aufmerksam. — Durch die rein deutsche Stadt Tepl fahren am 3. September vier Lastwagen, vollbesetzt mit tschechischen Soldaten, die mit erhobener geballter Faust tschechische Lieder sangen, um die Deutschen zu provozieren. Derartige Fälle ließen sich noch unzählige aufzählen, die alle von der gleichen haherrfälligen Mentalität der Tschechen Zeugnis ablegen.

### Kundt und Kosche bei Hodtscha

Wiederaufnahme der Verhandlungen erst nach Liquidierung der Vorfälle von Mährisch-Ostau

Die Abgeordneten Ernst Kundt und Dr. Kosche sprachen am Mittwoch 18.30 Uhr bei Ministerpräsident Dr. Hodtscha vor und teilten ihm den Beschluß der Sudetendeutschen Parteidelegation mit, daß die Sudetendeutsche Parteidelegation solange nicht in der Lage sei, die Verhandlungen mit der Regierung fortzusetzen, als die Vorfälle von Mährisch-Ostau seitens der Regierung nicht liquidiert sind. Der Ministerpräsident sicherte zu, daß die Vorfälle untersucht würden. — Die sudetendeutsche Parteidelegation werde darüber unterrichtet werden. Die sudetendeutschen Abgeordneten erklärten darauf, hierüber der Sudetendeutschen Parteidelegation zu berichten.

### Unerhörter Zwischenfall

Deutscher Fischdampfer rechtswidrig von sowjetrussischem Wachtschiff aufgebracht — Freigabe in Rostau gefordert

Kürzlich wurde der Fischdampfer „Bahrenfeld“ im Barentsmeer außerhalb der sowjetrussischen Hoheitsgewässer von einem sowjetrussischen Wachtschiff aufgebracht. Gegen diese offensichtlich Rechtsverletzung hat die deutsche Botschaft in Rostau sofort Protest erhoben und die sofortige Freigabe des Fischdampfers gefordert. Die sowjetrussische Regierung hat zwar eine rasche Untersuchung zugesagt, ist indes dem Verlangen nach Freigabe bis heute nicht nachgekommen.